

Dr. Wiebke Esdar, MdB  
Timon Gremmels, MdB  
Elisabeth Kaiser, MdB  
Elvan Korkmaz, MdB  
Helge Lindh, MdB  
Siemtje Möller, MdB



Falko Mohrs, MdB  
Josephine Ortleb, MdB  
Johannes Schrapf, MdB  
Michael Schrodi, MdB  
Dr. Manja Schüle, MdB  
Marja-Liisa Völlers, MdB

## **Wachstum, Wohlstand, Wertschöpfung**

### **1. Wo wir stehen**

Industrie und Mittelstand sind in Deutschland das Fundament unserer Wirtschaft. Durch hohe Innovationskraft und Produktivität sorgen sie für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung. Hier ist die gewerkschaftliche und tarifliche Bindung am stärksten und wir finden meist gute und gut bezahlte Arbeit. Unsere Aufgabe als Sozialdemokratie ist es sicherzustellen, dass wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt kein Selbstzweck sind, sondern zu mehr Wohlstand und einem besseren Leben der Menschen führen.

Wir erleben aktuell aber widersprüchliche Entwicklungen: Die wirtschaftliche Situation Deutschlands ist gut, wenngleich der Aufschwung auch auf äußeren Erfolgsfaktoren, dem Euro, der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und dem seit Jahren zu großen Leistungsbilanzüberschuss basiert. Außerdem kommt dieser Aufschwung nicht bei allen Menschen an. Es herrscht Rekordbeschäftigung, jedoch um den hohen Preis der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und wachsender sozialer Ungleichheit. Die öffentlichen Haushalte erwirtschaften zwar stattliche Überschüsse, gleichzeitig investieren sie aber zu wenig in die öffentliche Infrastruktur.

### **2. Was wir tun können**

Als SPD ist es unsere Aufgabe, eine kluge und vorausschauende Politik zu betreiben, die sich nicht auf der aktuellen Lage ausruht, sondern Weichenstellungen für die Zukunft vornimmt. Deutschland muss jetzt, wo die Sonne scheint, das Dach in Ordnung bringen!

#### **2.1 Wachstum: Investitionsoffensive**

Wir wollen offensiv agieren. Wir sind die Partei, die jetzt dafür sorgt, dass notwendige Investitionen mit mehr Nachdruck umgesetzt bzw. eingeleitet werden. Eine konsequente Investitionsoffensive ist nicht nur aus ökonomischer Sicht richtig. Ihre politische Notwendigkeit lässt sich auch aus anderen Perspektiven begründen:

Die öffentlichen Nettoinvestitionen sind in Deutschland seit über 10 Jahren zu niedrig und reichen nicht einmal aus, die Substanz der Infrastruktur zu erhalten. Wir leben von vergangenen Investitionen und auf Kosten der nächsten Generationen. Nach Schätzungen der KfW beläuft sich die Infrastrukturlücke auf mittlerweile 140 Milliarden Euro. Damit langfristig wieder mehr investiert wird, brauchen Bauwirtschaft und öffentliche Verwaltung Planungssicherheit. Die wollen wir mit einem Gesetz zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur leisten, das für die Bundesrepublik konjunkturunabhängig die jährliche Mindestnettoinvestitionsquote für die nächsten 10 Jahre festlegt. Es geht darum, die Potentiale unserer Wirtschaft zu erweitern, um das Wachstum von morgen zu sichern.

Menschen haben zu oft den Eindruck, für Banken- und Eurorettung war Geld da, aber nicht für die Bildungseinrichtungen, Straßen oder maroden Brücken vor ihrer Tür. Für uns heißt die Aufgabe deshalb: Der Staat und seine Infrastruktur müssen sichtbar sein! Insbesondere diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind sowie die Mittelschicht der Gesellschaft brauchen einen starken Staat.

Eine Investitionsoffensive in Deutschland wäre auch für Europa gut. Wir müssen weniger „auf Pump“ exportieren und Auslandsvermögen aufbauen. Wir müssen mehr Geld zu Hause ausgeben. Das steigert unsere Importe, senkt den Exportüberschuss und schafft Nachfrage in den anderen europäischen Ländern.

Dabei gilt für uns: Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind Aufgaben der öffentlichen Haushalte. Wir wollen die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern und Kommunen stärken, um diese Aufgabe zu bewältigen. Wir wollen damit auch verhindern, dass Städte und Gemeinden auf Projekte öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) angewiesen sind, die intransparent sind und nach wiederholten Berechnungen des Bundesrechnungshofes den Steuerzahler mehr kosten als die konventionelle Finanzierung.

Die Politik der „Schwarzen Null“ ist dabei kein eigenständiges politisches Ziel. Vielmehr kann sie Hemmnis sein bei der Umsetzung unserer politischen Ziele. Statt einer einnahmeorientierten Investitionspolitik, bei der der Staat in ein starres Korsett aus selbst auferlegtem Verbot optimierter Steuereinnahmen und Schwarzer Null gezwängt wird, stellen wir an den Beginn unserer politischen Überlegungen die Frage: Wie soll sich unsere Gesellschaft entwickeln und welche finanziellen Mittel benötigen wir für diese Ziele? Eine maßvolle, ökonomisch sinnvolle und sozial gerechte investitionsorientierte Einnahmepolitik ist unsere Antwort auf die Herausforderungen dieser Zeit.

## **2.2. Wohlstand: Den Leistungsbegriff vom Kopf wieder auf die Füße stellen**

Heute basiert soziale Ungleichheit nicht nur auf der ungleichen Verteilung der Einkommen, sondern auch auf der viel zu großen Vermögensungleichheit. Deshalb muss die staatliche Verteilung über Steuern und Sozialabgaben, in unserem sozialen und demokratischen Staat deutlich gerechter gestaltet werden.

Wir plädieren dabei für eine Neubelebung des Leistungsbegriffs: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Handwerk, kleine und mittelständische Unternehmen tragen mit großem persönlichen Einsatz zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei, während weltweit agierende Konzerne kaum Steuern zahlen und große Vermögen oft leistungslos vermehrt und von einer Generation zur nächsten übertragen werden. Sozialer Aufstieg wird so trotz großer Anstrengung immer schwerer. Er ist aber Grundvoraussetzung für eine Leistungsgesellschaft. Eine gerechte Besteuerung weltweit agierender Unternehmen, eine europäische Finanztransaktionssteuer auch auf Derivate, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie das Umsetzen einer substanziellen und gerechten Erbschaftsteuer sind leistungsgerecht und dringend erforderlich. Darüber hinaus müssen wir zu Lösungen kommen, wie wir internationale Unternehmen, die an vielen Orten ihre Gewinne machen, sich aber einer effektiven Besteuerung entziehen, an einer gerechten Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben beteiligen. Steuereinnahmen sind dabei kein Selbstzweck, sondern Mittel, um dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu verwirklichen.

Der Wert von Grund und Boden hat sich in den letzten Jahrzehnten ebenfalls oft leistungslos vermehrt und die Baulandpreise sind massiv gestiegen. Auch deshalb ist bezahlbarer Wohnraum eine entscheidende soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Exorbitante Preissteigerungen bei Grund und Boden und damit bei Wohnraumerwerb und –miete machen es immer mehr Menschen unmöglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir müssen darauf mutige Antworten geben.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1967 festgehalten: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit (...) in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögenswerten“.

Wir müssen leistungslose Gewinne und Wertzuwächse, die aus öffentlicher Planung und Infrastruktur entstehen, weitaus mehr für öffentliche Zwecke nutzbar machen und hier die Diskussion über die Instrumente Planungswertausgleich, Bodenwertzuwachssteuer und das Bodenrecht sowie über eine (neue) Gemeinnützigkeit aufgreifen und auf die heutige Situation übertragen. Dies gebietet auch Artikel 14 unseres Grundgesetzes.

### **2.3. Wertschöpfung: Digitalisierung**

Die Digitalisierung wird die Wertschöpfung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich verändern. Sie bietet ein enormes Potential an Produktivitätssteigerungen. Sie eröffnet neue Märkte, schafft neue Geschäftsmodelle und Beschäftigung. Gleichzeitig kann sie aber derzeit die Konzentration von Märkten bei wenigen Anbietern begünstigen, die die klügsten und leistungsfähigsten Köpfe anziehen und damit ihren Vorsprung potenzieren. Kleinere Wettbewerber, die noch nicht in der Lage sind, die modernsten Technologien einzusetzen, geraten unter Druck. Wachsende Produktivitätsunterschiede werden die zunehmende Lohnungleichheit ihrer MitarbeiterInnen verstärken, ebenso die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen. Unsere Aufgabe muss es sein, nicht nur Wachstum in der Spitze, sondern auch in der Breite zu fördern. Dafür braucht es nicht allein eine Wissensinfrastruktur, sondern vor allem einen Wissenstransfer. Wir wollen Sprunginnovationen genauso fördern wie Transfergemeinschaften für ein robustes Wachstum in der Fläche. Dort kooperieren Hochschulen für Angewandte Wissenschaften mit dem Mittelstand. Wird die Digitalisierung richtig gesteuert, hat sie das Potenzial, das Rückgrat der Wirtschaft zu sein und gesellschaftliche Entwicklungen positiv zu sichern.

### **3. Unsere Forderungen**

- Eine investitionsorientierte Einnahmenpolitik statt einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik. Ein Gesetz zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur. Die Festlegung einer jährlichen Mindestinvestitionsquote für die nächsten 10 Jahre.
- Die Stärkung der finanziellen Ausstattung von Bund, Ländern und Kommunen, damit die öffentliche Hand nicht auf ÖPP-Modelle angewiesen ist.
- Eine Neubelebung des Leistungsbegriffs: Eine europäische Finanztransaktionsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, das Umsetzen einer wirksamen Erbschaftsteuer und eine gerechte Besteuerung weltweit agierender Unternehmen.
- Wohnen als neue soziale Frage: Mehr öffentlichen Wohnungsbau statt eines unübersehbaren Spiels der Kräfte. Abschöpfung leistungsloser Gewinne, zum Beispiel durch eine Bodenwertzuwachssteuer. Spekulationen verhindern; eine neue Gemeinnützigkeit.
- Die Digitalisierung so gestalten, dass sie ein Gewinn für alle wird. Positive Entwicklungen sollen unterstützt und im Sinne der Gesellschaft gezielt gefördert werden. So soll die Wirtschaftskraft von morgen gesichert werden.